

nachrichten

Panzer wurden nach Marokko spedit

BERN. Kriegsmaterialexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind laut dem Bundesrat wieder möglich. Er hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, die seit rund einem Jahr bestehende Sisierung der Ausfuhr von Kriegsmaterial in die Vereinigten Arabischen Emirate aufzuheben, wie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) gestern mitteilte. Im Verlaufe des letzten Jahres war die Ausfuhr von Kriegsmaterial in die Emirate unterbrochen worden, weil der Golfstaat von der Schweiz gelieferte 40 Panzerhaubitzen M109 nach Marokko weiterspediert hatte. Die VAE wiesen in ihrer Begründung darauf hin, dass der schweizerische Exporteur Ruag Kenntnis über den Vorgang gehabt habe. Diese Bemerkung hat nun zur Folge, dass der Bundesrat die Rolle des bundeseigenen Rüstungs- und Technologiebetriebs Ruag bei der Ausfuhr der 40 Panzerhaubitzen an die Emirate abklären lassen will. AP

SVP gegen Freihandelsgespräche

BERN. Die SVP will nicht, dass die Bauern wirtschaftlich und sozial von der übrigen Bevölkerung abgekoppelt werden. Das Einkommen der Bauern sinke weiter. Der Bundesrat soll die Agrarpolitik 2011 überarbeiten und die erkundenden Gespräche mit der EU über ein Freihandelsabkommen abblasen. In der Wirtschaftskommission des Ständerates wird die SVP die Rückweisung der AP 2011 beantragen. SDA

Datenschützer will mehr Stellen

BERN. Der Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür fordert mehr Personal. Im Bereich des Staatsschutzes seien Dutzende neuer Stellen geschaffen worden, parallel dazu wäre deshalb auch die Erhöhung der Aufsicht zwingend, sagte Thür an der Jahresmedienkonferenz in Bern. Er brauche rund zehn Stellen mehr. Schon heute sei er mit seinen 19 Stellen nicht in der Lage, die gesetzliche Aufsichtsaufgabe richtig wahrzunehmen und alle Anfragen zu behandeln, sagte Thür. Die Politik messe offensichtlich dem Datenschutz nicht das nötige Gewicht bei, klagte der Datenschützer. AP

Initiative der Fischer eingereicht

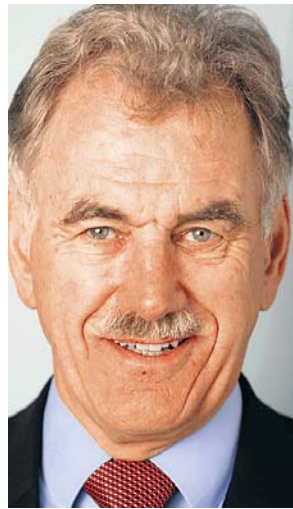
BERN. Mit über 160 000 Unterschriften haben Fischer und Umweltschützer am Montag ihre Volksinitiative für «lebendiges Wasser» eingereicht. Sie fordern darin die Renaturierung verbauter Flüsse, um den gefährdeten Schweizer Fischen wieder mehr Lebensraum zu bieten. Die hohe Zahl von Unterschriften zeige, dass das Schweizer Volk einen wirksameren Gewässerschutz wolle, sagte Werner Widmer, der Präsident des Fischereiverbandes. Unterstützt wird das Begehren auch von Pro Natura, dem WWF und anderen Umweltverbänden. AP

Petition gegen Patentschutz

BERN. Namhafte Wissenschaftler wehren sich gegen den Vorschlag des Bundesrats für ein neues Patentgesetz. Forschung und Innovation würden behindert, wenn Konsequenzen für jeden beliebigen Verwendungszweck geschützt werden. Der Patentinhaber könne damit ganze Bereiche der Forschung monopolisieren und blockieren, schreiben 66 Wissenschaftler in einem offenen Brief an die Rechtskommission des Nationalrats. Unter den Erstunterzeichnern des Briefes ist auch der Basler Nobelpreisträger Werner Arber. SDA

Seilziehen um Bildungsmillionen

Der Bundesrat legt morgen den finanziellen Rahmen für Bildung und Forschung



Bildungslobby. Anita Fetz, Johannes Randegger. Fotos Keystone

KATRIN HOLENSTEIN, Bern

Wenn der Bundesrat morgen den Finanzplan für die Jahre 2008–2010 diskutiert, muss er Farbe bekennen: Wie viel Geld will er für den Bereich Bildung und Forschung bereitstellen, und wo soll stattdessen gespart werden?

Bekanntnisse zur Stärkung von Bildung und Forschung sind en vogue. Nur mit mehr Investitionen in diesen zentralen Bereich könne die Schweiz international mithalten.

Die Nagelprobe indes steht noch an: Der Bundesrat wird morgen festlegen, wie gross der Kredit für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die nächsten vier Jahre sein soll. Für den Hochschulbereich und den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) ist dies von grösster Bedeutung: Der Bund zahlt im Bereich der Hochschulen (Fachhochschulen, kantonale Universitäten, ETH) rund 45 Prozent der öffentli-

chen Bildungsausgaben (rund drei Milliarden Franken). Die ETH finanziert er dabei zu über 90 Prozent; bei den kantonalen Universitäten beläuft sich der Bundesanteil durchschnittlich auf 26 Prozent.

ZURÜCKGESTUTZT. Bereits der letzte BFI-Rahmenkredit für die Jahre 2004–2007 wurde schrittweise demontiert. Bewilligte das Parlament zunächst rund 16,6 Milliarden Franken, was ein Wachstum von sechs Prozent bedeutete, wurde anschliessend wieder gekürzt, bis der jährliche Zuwachs wieder auf drei Prozent pro Jahr gesunken war. Das anstehende Sparprogramm für 2007 wird nochmals einen Abbau bringen. Damit blieb es faktisch bei einem Nullwachstum, denn gut zwei Prozent werden allein durch Teuerung und steigende Studentenzahlen verschlungen.

AUSWIRKUNG VERSCHIEDENER WACHSTUMSRATEN DER BFI-FÖRDERMITTEL AB 2008

	Wachstum 10% Zielerreichung	Wachstum 8% Zielerreichung	Wachstum 6% Zielerreichung
Vollbeteiligung an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen	GESICHERT	GESICHERT	GESICHERT
Einlösung der gesetzlichen Vorgaben Berufsbildung/Fachhochschulen	GESICHERT	GESICHERT	SEHR BESCHRÄNKT
Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des ETH-Bereichs	GESICHERT	SEHR BESCHRÄNKT	UNMÖGLICH
Sicherung der Qualität der kantonalen Universitäten, Trendumkehr bei den Betreuungsverhältnissen	GESICHERT	SEHR BESCHRÄNKT	UNMÖGLICH
Sicherung der Qualität der Grundlagenforschung, Trendumkehr bei der Unterdotierung des SNF	GESICHERT	SEHR BESCHRÄNKT	UNMÖGLICH
Ausschöpfen des Innovationspotenzials durch Stärkung der Förderagentur für Innovation KTI	GESICHERT	SEHR BESCHRÄNKT	UNMÖGLICH

Nun steht also die nächste Periode an (2008–2011), und Hochschulen, Wissenschaftler und Bildungspolitiker befürchten, dass den politischen Sonntagsreden erneut keine Taten folgen werden. In den vergangenen Jahren seien nicht einmal die gesetzlichen Vorgaben erfüllt worden, sagt die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz. Eigentlich müsste der Bund ein Viertel der Berufsbildungskosten und ein Drittel der Fachhochschulkosten übernehmen, was klar nicht der Fall sei.

SUBSTANZ GEFÄHRDET. Warnungen kommen auch vom Basler FDP-Nationalrat Johannes Randegger. Bildung und Forschung seien in der Reihenfolge der sieben wichtigsten Politikbereiche immer noch auf Platz sechs, hinter Landwirtschaft und Verteidigung. Das könne sich die Schweiz, die ausser Bildung wenig Roh-

stoffe habe, nicht länger leisten, mahnt Randegger.

Die Politikergruppe «Future», in der Bildungspolitiker aller Parteien auf Bundesebene zusammenarbeiten, darunter auch Johannes Randegger und Anita Fetz, haben die Konsequenzen einer restriktiven Bildungsfinanzierung zusammengetragen (siehe Tabelle oben). Die Schlussfolgerung ist klar: Nur mit einer Zunahme des Kredites für Forschung und Innovation um zehn Prozent wären Niveau und Qualität zu bewahren. Bereits bei acht Prozent wären Abstriche nötig. Sechs Prozent brächten den gesamten inländischen BFI-Sektor in den roten Bereich. Der Vorschlag von Finanzminister Hans-Rudolf Merz schliesslich, der dreieinhalb Prozent für ausreichend hält, gefährde den Bildungs- und Forschungsbereich «in seiner Substanz».

Der Bundesrat wird sich morgen wohl auf einen Mittel-

weg von sechs Prozent einigen. Die SVP-Bundesräte Christoph Blocher und Samuel Schmid haben zwar Sympathie für die Schmalpurvariante des FDP-Finanzministers. Doch Pascal Couchepin (FDP) und Josef Deiss (CVP) plädieren für sechs Prozent, und die beiden sozialdemokratischen Bundesräte Moritz Leuenberger und Micheline Calmy-Rey vermutlich für zehn Prozent.

KOMPENSATION. Welche Prozentzahl schliesslich im Parlament obsiegen wird, hängt entscheidend davon ab, ob für die Mehrausgaben eine Kompensation gefunden wird. Die FDP schlägt die Schaffung eines BFI-Fonds vor, der gespiessen würde aus dem Verkauf eines Sechstels der Swisscom-Aktien, was rund 2,5 Milliarden Franken ergäbe. Die SP will zugunsten der Bildung das Rüstungsprogramm um 20 Prozent kürzen.

Der Bund sorgt vor – und die Architekten toben

BARBARA LAUBER, Bern

Banken gibt es am Bundesplatz genügend, nur Bänke gibt es keins. Bei der Neugestaltung des prestigeträchtigen Ortes hat die Stadt Bern, dem Konzept des «leeren Platzes» verpflichtet, 2004 auf solch schnöde Bequemlichkeiten «bewusst» verzichtet. Dagegen vermochten selbst die Basler Platzgestalter Christian Stauffenegger, Ruedi Stutz und Stephan Mundwiler nichts auszurichten. Ihre Idee, Stühle locker über den Bundesplatz zu verteilen, fand bei den Bernern kein Gehör. Wer fortan das kunstvolle, 26-fache Wasserspiel bewundern wollte, musste dies stehend und mit Nackenstarre tun oder am Boden sitzend – Letzteres zumindest auf echtem Valser Gneis, der die Stadt ein Vermögen gekostet hat.

19 BETONBLÖCKE. Vor einigen Tagen dann die Überraschung: 19 Betonquader, jeder 800 Tonnen schwer, lässt das Bundesamt für Bauten und Logistik auf den Platz karren und auf der Bundeshausseite platzieren. Der viel gelobte «Platz der gestalteten Leere», der erst kürzlich mit dem «Honor Award for Urban Design» des American Institute of Architects ausgezeichnet worden ist, ist damit optisch ruiniert – und jeder Quader seither mit Beschlag belegt, von sitzend picknickenden, lesenden, dösenden, strickenden, seligen Menschen. Was das Amt mit dieser Aktion bewirken wollte? Weder einen Aufstand der Berner Stadtregierung noch die Durchsetzung des Rechts auf einen anständigen Sitzplatz, sondern lediglich den Schutz der teuren Gneisplatten und der Fussgänger. Denn die Bundeshaussanierung ist gestern in ihre Intensivphase getreten. Es soll verhindert werden, dass wegen der Verengung der Amtshausgasse die Autos auf den



Quader-Provisorium. Kindern und Eltern gefallen die massiven Betonelemente auf dem Bundesplatz. Foto Benjamin Zurbruggen

Bundesplatz ausweichen und Stein oder Mensch gefährden.

ERSCHROCKEN. Hehre Absichten also. Einheimische wie Touristen freuts, jetzt können sie dem sommerlichen Treiben unter den Fontänen endlich in entspannter Körperhaltung zusehen. Die Gestalter hingegen graust. Christian Stauffenegger hat «schiefer der Schlag getroffen», als er die Betonquader entdeckte. Und auch Ruedi Stutz stiess die Angelegenheit «sauer auf», weil das Team zur Umgestaltung nicht

befragt worden ist. «Es kann doch nicht sein, dass wir den Platz über Jahre sorgfältig planen und dann der Bund irgendwelche Betonklötze hinstellt», ärgert er sich. «Schliesslich wurde der Bundesplatz ausgezeichnet, weil er ist, wie er ist: leer.» Weil die Basler Gestalter aber «keine arroganten Typen» sein wollen, haben sie nun entschieden, dass sie mit einem Beton-Provisorium leben können, allerdings «nur bis Ende 2007». Sollte dann aus den Bänken ein Providurium werden, «werden wir toben», warnt

Stutz. «Und auf die Barrikaden steigen», droht Stauffenegger. Dass dieser Fall eintreten könnte, sei durchaus möglich. «Denn vielleicht», meint Stutz schaudernd, «werden die Berner ihre Bänke nicht mehr hergeben wollen.» Doch womöglich wird die Stadt schon früher die Notbremse ziehen – und anstelle der Quader Pyramiden oder andere unbequeme Abschränkungen aufstellen. Dann hätten zwar die Touristen wieder ihre Nackenstarre zurück, Bern und die Gestalter dafür ihren Seelenfrieden.